Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Rundbrief #120
31. Jahrgang | März 2024

Liebe Freundinnen und Freunde,

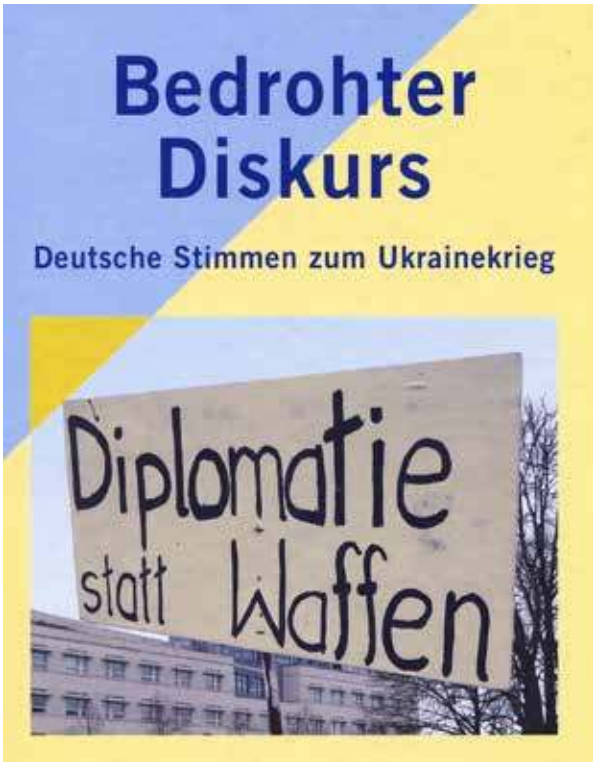
im Januar hat die Jury an der Philipps Universität in Marburg den Begriff „Remigration“ zum Unwort des Jahres 2023 gekürt. Warum das? Mir ist dieser Begriff, soweit ich mich erinnere, erstmals während meines sozialwissenschaftlichen Studiums an der Uni Tübingen begegnet. In den Sozialwissenschaften wird von „Remigration“ ganz neutral gesprochen, wenn Menschen wieder in ihr ursprüngliches Heimatland zurückkehren. Das war beispielsweise der Fall, als Menschen, die vor den Nazis ins Exil flohen, nach 1945 wieder nach Deutschland zurückkamen, wie etwa die jüdischen Intellektuellen Max Horkheimer und Theodor Adorno. Um „Remigration“ in diesem Sinne geht es auch bei einer Rückkehr von ausländischen Arbeitsmigranten („Gastarbeiter“) in ihre Heimat. So verstanden wäre es natürlich sehr erstaunlich, „Remigration“ zu einem Unwort zu erklären.

Doch der Begriff wird eben inzwischen auch ganz anders verwendet. Vor ein paar Jahren rief mich eine Frau aus unserer Gemeinde an. An der Eisenbahnbrücke, die kurz nach der Ortseinfahrt von der Bundesstraße 313 unterquert wird, hinge ein großes Transparent mit der Parole „Zuwanderung stoppen - Remigration sofort!“ Die Anruferin bat mich – ich sei doch in solchen Dingen erfahren -, die Polizei anzurufen und diese auf das Transparent aufmerksam zu machen. Damals war mir bereits bewusst, dass Rechtsextreme „Remigration“ in einem ganz anderen Sinn als dem sozialwissenschaftlichen verwenden: als beschönigenden Begriff für den Irrsinn von Zwangsausweisungen und Massendeportationen von Menschen mit Migrationshintergrund! Nach meinem Telefonat kümmerte sich die Polizei darum, dass diese hetzerische Parole wieder abgenommen wurde.

Am 10. Januar 2024, wenige Tage vor der Auszeichnung von „Remigration“ zum „Unwort des Jahres“, hat die Medienplattform *Correctiv* darüber berichtet, dass sich im November einige AfD-Mitglieder mit Unternehmern, Ärzten, Juristen, CDU-Mitgliedern und bekannten Rechtsextremisten in Potsdam getroffen hätten. Laut *Correctiv* ein „Geheimtreffen“, bei dem Pläne zur Vertreibung und „Remigration“ von Migrantinnen und Migranten, auch solche mit deutschem Pass, vorgestellt und diskutiert worden seien.

Obwohl es in unserem Land nichts Neues ist, dass sich Rechtsextreme treffen, und das nicht, um sich übers Wetter zu unterhalten, sondern um ihre menschenverachtenden Gedanken auszutauschen, hat kein anderer Artikel so eingeschlagen wie die Veröffentlichung von *Correctiv* über angebliche rechte Vertreibungspläne. Seither gehen Millionen Menschen gegen die AfD und ihr Umfeld auf die Straße. Auf den ersten Blick ein ermutigendes Zeichen der Zivilgesellschaft.

Rechtspopulistische Migrationspolitik ist Realität



Doch bei genauerem Betrachten kommen zwiespältige Gefühle bei mir auf. Viele der Kundgebungen gegen Rechtsextremismus werden von Mitgliedern von SPD und Grünen unterstützt oder gar organisiert - oft „privat“, um ein breites Bündnis zustande zu bringen. Politikerinnen und Politiker von Bundes- und Landesregierungen reihen sich ein, lassen sich mit betroffener Miene medienwirksam fotografieren und loben die Demonstrierenden.

Dabei machen CDU/CSU, SPD und FDP, toleriert von den Grünen, selbst schon lange rechtspopulistische Migrationspolitik. Kanzler Scholz möchte „endlich im großen Stil abschieben“. Allerdings sind laut der Menschenrechtsorganisation *Pro Asyl* gerade einmal etwas mehr als 51.000 Menschen ohne Duldung zur Ausreise verpflichtet, von denen lediglich rund 19.000 aus einem abgelehnten Asylverfahren stammen. Trotzdem legt die Ampel-Regierung zur gleichen Zeit, in der ihre Mitglieder medienwirk-

Aus dem Inhalt

- Nachrichten
- Notizen aus dem Lebenshaus
- Bedrohter Diskurs
- Hass und Krieg verlernen
- „Nicht Frieden zu bringen, sondern Streit“
- Israelis verstehen

Weitere Infos auch unter
www.lebenshaus-alb.de

sam gegen die AfD und deren Abschiebepläne demonstrieren, die Grundlage, um exakt solche Pläne umzusetzen: Das jetzt beschlossene sogenannte „Rückführungsverbesserungsgesetz“ hebelt rechtlich den staatlichen Schutz aus und wird vor allem zu deutlich mehr Grundrechtsverletzungen, rechtsstaatlich fragwürdigen Inhaftierungen und einer noch brutaleren Abschiebungspraxis führen. Ganz zu schweigen von der katastrophalen Abschottungspolitik mit zigtausenden im Mittelmeer ertrunkenen und in der Wüste verdursteten Menschen.

Ist es nicht paradox, wenn diejenigen, die diese fremden- und menschenfeindliche Politik verantworten, zu Demonstrationen gegen eine Partei aufrufen, die bessere Rückführungen fordert? Warum gehen Menschen gegen „Remigrationspläne“ auf die Straße und stören sich nicht daran, dies gemeinsam mit Politikern und Politikerinnen zu machen, die währenddessen ihr eigenes, neues „Abschiebegesetz“ erlassen haben, das inhaltlich nicht weit entfernt von der AfD-Politik ist? Und warum gibt es keine massenhaften Demonstrationen gegen diese oft menschenverachtende Politik?

Inszenierte „Veröffentlichung“ rechter „Remigrationspläne“

Noch etwas anderes gibt mir zu denken. Der Zeitpunkt und die Art der Präsentation des Potsdamer Treffens mit Rechtsextremisten durch *Correctiv*, und die damit ausgelöste anschließende Empörungswelle, wirken auf mich reichlich inszeniert. Während das Treffen bereits am 25. November 2023 stattfand, erfolgte die „Enthüllung“ erst über sechs Wochen später am 10. Januar 2024. Dabei war *Correctiv* auf maximale Wirkung aus. Der „Geheimplan gegen Deutschland“ wurde in Theaterakten angelegt mit Prolog, Akt 1 bis Akt 3 sowie einem Epilog. Nur wenige Tage später wurde bereits eine Bühnenfassung im Berliner Ensemble aufgeführt. Und die deutsche Politik reagierte sehr schnell. Scholz twitterte am Tag nach der Veröffentlichung: „Wir schützen alle – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder wie unbequem jemand für Fanatiker mit Assimilationsfantasien ist.“ Innenministerin Nancy Faeser kamen durch die Pläne der Rechtsextremen „unwillkürlich Erinnerungen an die furchtbare Wannseekonferenz“ - dort hatten die von Hitler geführten Nazis 1942 Pläne zur systematischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas geschmiedet. Indem solche Assoziationen zu einer angeblichen „Wannseekonferenz 2.0“ geweckt werden, wird die Stimmung angeheizt.

Ein weiterer Aspekt. Die von Olaf Scholz angeführte Bundesregierung steht politisch mit dem Rücken zur Wand. Die schlechten Umfragewerte zeigen eine tiefe Vertrauenskrise gegenüber jenen Parteien, die in den vergangenen Jahrzehnten den Staat getragen haben. Dazu gehört auch die CDU. Dazu kommen die Bauernproteste. Die verzögerte „Enthüllung“ der angeblich „unabhängigen Faktenchecker“ von *Correctiv* - die sich einen Großteil ihrer „Recherche“-Arbeit durch US-Milliardäre und deutsche Behörden finanzieren lassen - über das vermeintliche „Geheimtreffen“ rechter Kräfte in Potsdam, ließ einen Hype der Empörung über die AfD entstehen. Die dann von den Medien mit veranlasste und hochgejubelte Bewegung konnten Kanzler und Mitglieder seines Kabinetts nutzen, um durch ihre Teilnahme an Großkundgebungen „gegen rechts“ von ihrem eigenen Versagen abzulenken, welches die hohen Umfragewerte für den Konkurrenten AfD überhaupt erst ermöglicht. Wie auch immer: Die Anti-AfD-Demos scheinen wie gerufen zu kommen...



„Hamburg steht auf – gegen Rechtsextremismus und neonazistische Netzwerke“ am 19. Januar 2024.

Ursachen von Rechtsextremismus bekämpfen

Um nicht missverstanden zu werden: Mit meinen kritischen Anmerkungen zu den Anti-AfD-Demos geht es mir keineswegs darum, die Gefahren herunterzuspielen, die von dieser Partei ausgehen. Das habe ich zum Beispiel in meinem Redebeitrag bei unserer Gedenkveranstaltung „Erinnern, Gedenken, Verantwortung übernehmen – die Häftlinge des KZ Heuberg vor 90 Jahren nicht vergessen!“ am 15.10.2023 auf dem Truppenübungsplatz bei Stetten a.k.M. deutlich gemacht, von der ich hier den Schlussteil wiedergeben möchte.

„An die Verbrechen der Nazis zu erinnern, den Opfern zu gedenken und Verantwortung zu übernehmen, ist in der Gegenwart und auch in der Zukunft wichtig. Dafür sind Gedenkstätten und Denkmäler wichtig (…). Aber das alleine reicht noch nicht aus, denn unsere Demokratie ist natürlich keine Selbstverständlichkeit. Um sie muss fortwährend auch gestritten und gekämpft werden. Vor und nach der Machtübernahme der Nazis war ja das Fatale, dass viele dachten, es würde sicher nicht so schlimm werden. Das gilt auch heute.

Dabei machen die Wahlergebnisse der AfD auf erschreckende Weise deutlich, wieviel Zustimmung Rechtspopulismus und Rechtsextremismus heute haben. Die AfD ist in ihrem Kern eine faschistische Partei und verbreitet offen nationalistische und rassistische Hetze, Islamfeindlichkeit und Antifeminismus, Antisemitismus sowie andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie relativiert die Verbrechen des Nationalsozialismus und deutet die Erinnerungskultur um. Die AfD ist der parlamentarische Arm des rechten und rassistischen Terrors. Diese Partei wird im Zuge ihrer stetigen Radikalisierung auch zunehmend zu einer Gefahr für die Demokratie. Denn der Rechtsextremismus strebt eine Abschaffung der Demokratie an. Es wäre also ein großer Fehler, zu denken, das wird schon nicht so schlimm kommen. Wo immer möglich, sollten wir uns entschieden gegen diese

Kurzkommentar zum verabschiedeten Bundeshaushalt 2024

Der Haushalt ist eine Katastrophe. Es müsste so dringend in den ökologischen Umbau, die Daseinsfürsorge, die Bildung, den Umweltschutz, die Integration Geflüchteter und somit in die Zukunft einer demokratisch verfassten Gesellschaft investiert werden.

Stattdessen werden zur Haushaltskonsolidierung Sozialkürzungen und verfassungswidrige Sanktionsregeln durch Diffamierung und Hetze gegen Erwerbslose, Niedriglöhner*innen und andere Arme legitimiert.

Das gefährdet nicht nur die Existenz vieler Menschen, sondern schafft Entsolidarisierung und Spaltung in der Gesellschaft und sorgt auch zunehmend für Frust und Hass innerhalb der Bevölkerung. Damit wird die Gesellschaft immer weiter in die Arme der rechtsextremen AfD getrieben. Das ist zunächst das Werk der FDP und CDU/CSU, genauso aber auch der SPD und der Grünen, die sich nicht gegen ihren 3 % Koalitionspartner durchsetzen.

Auch die Ampel legt damit die Axt an den Sozialstaat und steht dem Rechtsruck tatenlos gegenüber. Diese Politik hat Folgen: Politikverdrossenheit, verunsicherte Menschen, Menschen, die an der Demokratie zweifeln. Das ist zündeln am sozialen Zusammenhalt.

Demokratie verteidigen heißt auch, den Sozialstaat zu verteidigen. Das sollte in zukünftige Manifestationen einbezogen werden.

(Harald Thomé)

Partei und gegen jeglichen Rechtsextremismus wenden. (...)

Der Rechtsextremismus- und Armutsforscher Prof. Christoph Butterwegge macht Zusammenhänge zwischen ökonomischer Globalisierung einerseits und rechtsextremer Mobilisierung andererseits aus. Er macht die Konkurrenz, welche die Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, bestimmte Erblasten der politischen Kultur sowie aktuell die neoliberale Modernisierung beinahe aller Bereiche der Gesellschaft für Nationalismus, Rassismus und rechte Gewalt verantwortlich. Es kann einem Angst und Bange werden, wohin die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg führen können: Wirtschaftliche Rezession, hohe Inflationsrate und massive Verteuerung der meisten Güter durch die Sanktionspolitik, zunehmende Verarmung breiter Schichten und Vertiefung der Kluft zwischen arm und reich, Kürzungen bei den Sozialausgaben und an anderen Stellen, wie z.B. bei der politischen Bildung oder bei Freiwilligendiensten, dafür aber sprunghafter Anstieg bei den Rüstungsausgaben, und zudem eine Menge Geld für Waffenlieferungen an die Ukraine – und daraus resultierend hohe Gewinne für die Rüstungswirtschaft.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns einerseits für einen Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine und für Verhandlungen einsetzen, des Weiteren für Abrüstung statt weiterer Aufrüstung, und in der Perspektive für die Abschaffung des Militärs, die Überwindung von Kriegen, zivile, gewaltfreie Austragung von Konflikten. Und wenn ich der Analyse von Christoph Butterwegge folge, geht es um die Überwindung des Kapitalismus, um grundlegende Veränderungen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, um soziale Gerechtigkeit, Frieden und eine intakte Umwelt.

In diesem Sinne lasst uns eintreten für ein nachhaltiges, solidarisches, ökologisches und weitgehend gewaltfreies Gemeinwesen in Deutschland, Europa und der ganzen Welt, das niemanden ausschließt.

Hier an diesem Ort des Schreckens möchte ich enden mit dem Vermächtnis jener, die durch die Nazis gequält, gefoltert und ermordet wurden: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ (vollständige Rede hier: https://ogy.de/9xpx)

Bei den aktuellen Demonstrationen ist häufig zu hören: „Nie wieder ist jetzt“. Diese verkürzte Form beinhaltet die Gefahr der Sinnentleerung. Schon der grüne Außenminister Joseph Fischer hat es mit dem Ausruf „Nie wieder Ausschwitz“ auf die Spitze getrieben und damit die Teilnahme Deutschlands am völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Jugoslawien gerechtfertigt. Bei den heutigen Demos gegen Faschismus scheint allzu oft durchaus eine Unterstützung von Kriegsparteien möglich zu sein. Dabei lassen sich selbstverständlich nicht alle aktuellen Demonstrationen über einen Kamm scheren und unter den Hunderttausenden sind viele normale, politisch unabhängige und vor allem besorgte Bürgerinnen und Bürger und parteiunabhängige Organisationen und Initiativen. Wo es dabei möglich ist, den Protest gegen Rüstung, Krieg und Rechtsextremismus zusammenzubringen, macht es Sinn, sich daran zu beteiligen. Jedenfalls gehört für mich das Bekenntnis „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ auch heute unteilbar zusammen. Und da längst nicht alle AfD-Wähler Faschisten sind, würde es ebenfalls Sinn machen, mit ihnen zu diskutieren und zu debattieren und sie davon zu überzeugen, dass die AfD keine Alternative ist.

Euer / Ihr



Michael Schmid

Bitte um Unterstützung

1993 haben wir unseren Verein gegründet, um damit für eine weltweite friedliche, soziale gerechte und umweltverträgliche Entwicklung einzutreten. Wir sind heute wie zu Beginn unserer Vereinsgeschichte der Überzeugung, dass diese Ziele gefördert werden müssen. Seit über 30 Jahren tragen wir unseren Teil dazu bei. Gerne möchten wir unsere Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie so engagiert wie bisher fortsetzen können. Damit uns das gelingt, bitten wir um Unterstützung unseres Engagements - gerne mit einer Einzelspende oder gar einer regelmäßigen Spende oder einer Fördermitgliedschaft.

Herzlich bedanken wollen wir uns bei allen, die unsere Arbeit unterstützen!

Nachrichten aus dem Lebenshaus

Einladung zur 12. Tagung im Herbst 2024

Für dieses Jahr laden wir zur zwölften Tagung „'We shall overcome!' Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht" ein, die am 19. Oktober 2024 stattfinden wird.

Wir freuen uns sehr, dass wir folgende Referierende gewinnen konnten, anhand ihrer persönlichen Lebensgeschichte über ihr Engagement zu berichten:

Jürgen Grässlin, ist laut SPIEGEL (1/2023) der „bekannteste Pazifist und Rüstungsgegner des Landes"; er ist u.a. Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!", Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Aktivist der Kritischen Aktionär*innen Daimler und Heckler & Koch sowie Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.); er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik, darunter internationale Bestseller. Mit seinem aktuellen Buch „Einschüchtern zwecklos. Unermüdlich gegen Krieg und Gewalt – was ein Einzelner bewegen kann" ist er seit 2023 auf Lesereisen. 2024 verfasst er gemeinsam mit Konstantin Wecker ein Mutmachbuch. Die Jahrzehnte währenden Versuche von Rüstungs- und Automobilkonzernen, ihn in seiner Konzernkritik mundtot zu machen, scheiterten allesamt.

Leo Ensel, „Look at the other side!", ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit zahlreichen Trainings in Ländern des „Postsowjetischen Raums und Mittel-/Ost-Europa", diverse Veröffentlichungen zu den Themen „Angst und atomare Aufrüstung", zur Sozialpsychologie der deutschen Wiedervereinigung sowie Studien über die Deutschlandbilder im postsowjetischen Raum; im Neuen West-Ost-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative, der Deeskalation und der Rekonstruktion des Vertrauens; seit März 2014 schreibt er Essays mit dem Ziel der Verhinderung eines neuen Kalten Krieges und zur Rekonstruktion des Gorbatschow'schen „Gemeinsamen Europäischen Hauses". Er traf sich mit Michail Gorbatschow und mit Stanislaw Petrow („Der Mann, der die Menschheit vor der atomaren Katastrophe bewahrte").

Michael Schmid und **Katrin Warnatzsch** werden in einem Beitrag „Aktiv für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie: *Lebenshaus Schwäbische Alb*" Einblicke in die über 30-jährige Geschichte des Vereins geben.

Wie bei allen vorangegangenen elf Tagungen werden **Gabriele Lang** und **Bernd Geisler** wieder das Tagungsprogramm musikalisch bereichern.

Zu dieser zwölften Tagung sind Menschen eingeladen, die sich ermutigen lassen wollen in ihrem eigenen Engagement für eine gerechtere, friedvollere und zukunftsfähige Welt. Unter anderem wird nach den Vorträgen Gelegenheit zum Austausch sein.

Das Angebot für Sonntag, 20.10.2024, entweder eine Wanderung auf der Schwäbischen Alb oder eine Exkursion zu historisch bedeutsamem Ort, steht derzeit noch nicht fest.

Weitere Informationen sind den beiden folgenden Rundbrief-Ausgaben und unserer Website unter folgendem Kurzlink zu entnehmen: https://ogy.de/qrkq

Terminübersicht

30. März. 2024 5 min vor 12:00 Uhr Stuttgart, Schlossplatz: **Ostermarsch. Motto: „Stoppt das Töten! Verhandeln jetzt! Abrüsten!"** Veranstalter ist das Friedensnetz Baden-Württemberg. *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützt den Ostermarsch.

01. April 2024 ab 13:30 Uhr: **Internationaler Bodensee-Friedensweg in Friedrichshafen. Motto: «FRIEDENs MACHT EUROPA»** u.a. mit Andreas Zumach. Der Internationale Bodensee-Friedensweg wird von rund 100 Organisationen aus der Schweiz, Österreich und Deutschland organisiert und unterstützt, u.a. von *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* Infos: www.bodensee-friedensweg.org

13. April 2024 10:00 Uhr **Mitgliederversammlung *Lebenshaus* Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.**

19. Okt. 2024 10:00 Uhr evang. Gemeindehaus Gammertingen **12. Tagung „We shall overcome! Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht"**

Eine wichtige israelische Stimme, die heute leider fehlt: Uri Avnery

Am 20. August 2018 ist der israelische Journalist, Schriftsteller, Politiker und Friedensaktivist Uri Avnery im Alter von 94 Jahren verstorben. Er wurde 1923 als Helmut Ostermann in Beckum in Westfalen geboren. 1933 wanderten seine Eltern mit ihm nach Palästina aus. Uri wurde später Mitglied der Untergrundbewegung Irgun und nahm 1948 am Unabhängigkeitskrieg teil. Seit dem Jahr 1948 vertrat er die Idee des israelisch-palästinensischen Friedens und die Koexistenz zweier Staaten: des Staates Israel und des Staates Palästina, mit Jerusalem als gemeinsamer Hauptstadt. Er war die kritische und mahnende israelische Stimme für einen echten, gelungenen Frieden zwischen Israel und Palästina. Bis zuletzt hat er mit wachem Verstand und leidenschaftlichem Engagement die politischen Entwicklungen kommentiert und insbesondere die israelische Regierung kritisiert. Auf der *Lebenshaus*-Website finden sich weit über 700 seiner Kommentare, Artikel und Reden. Vielleicht lohnt es sich gerade auch heute, manches noch einmal nachzulesen. Artikelsammlung von und zu Uri Averny: https://ogy.de/fy9x

Siehe ebenfalls „Eine Stimme in der Wüste“ von Hansuli Gerber zu Uri Avnery: „Seine Erinnerungen, Erfahrungen und Einschätzungen können uns Perspektive, Erleichterung und kritische Distanz zum Tagesgeschehen verschaffen – und vielleicht auch Hoffnung?“: https://ogy.de/ea1u



Uri Averny (re.) mit Clemens Ronnefeldt, Fördermitglied des Lebenshauses, 2006 bei einer Demonstration im palästinensischen Dorf Bil'in, bei der gegen den Bau der illegalen Mauer protestiert wurde.

Notizen aus dem Lebenshaus – Schicksale, an denen wir Anteil nehmen

Von Katrin Warnatzsch

Bewegung im *Lebenshaus*

A. ist 2016 aus Afghanistan geflohen und hat seit Anfang 2018 im *Lebenshaus* gewohnt. Bedroht durch die Taliban wurde er als ehemaliger Orts-Mitarbeiter für die deutsche *Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GIZ* in Kabul durch eine erfolgreiche Klage gegen den abgelehnten Asylbescheid vom Verwaltungsgericht als verfolgt anerkannt. Er hat in der Zwischenzeit eine Ausbildung zum Altenpflegehelfer erfolgreich abgeschlossen, arbeitet in diesem Beruf und steht derzeit bereits vor dem Erwerb der Einbürgerung. Allerdings hat



er seine Frau und seine vier Kinder seit seiner überstürzten Flucht 2015 nicht mehr gesehen. Sie sitzen ohne ihn in Afghanistan fest. Zwischenzeitlich hat er einen Antrag auf Familiennachzug gestellt.

Nun musste er kürzlich schweren Herzens aus dem *Lebenshaus* ausziehen. Denn die Ausländerbehörde verlangte neben vielen anderen Voraussetzungen zur weiteren Bearbeitung des Antrags auf Familiennachzug, dass er bereits jetzt einen Mietvertrag über eine angemessen große Wohnung nachweisen muss. Im *Lebenshaus* können wir die von Amts wegen geforderte Wohnfläche leider nicht anbieten. Deshalb begann er, nach einer Wohnung zu suchen. Wegen des spürbaren Mangels an Mietwohnungen war er froh, dass er überhaupt eine Wohnung fand. Diese ist aber in einer Gemeinde im Nachbarkreis. Das bedeutet gleichzeitig einen Wechsel der zuständigen Ausländerbehörde. Schon dieser Umstand führt nun wieder zu enormen Verzögerungen und zeitaufwändigen zusätzlichen Terminen bei den Behörden.

Die Dramatik der Umstände ist kaum beschreibbar. Da es in Afghanistan seit vielen Jahren kein deutsches Konsulat mehr gibt, müssen Anträge auf Familiennachzug entweder in Teheran/Iran oder Pakistan gestellt werden. Zur Bearbei-

tung müssen die Familien jeweils persönlich erscheinen. Da Frauen nicht ohne erwachsene männliche Begleitung reisen dürfen, ist dies mit großen Umständen verbunden. Es bedeutet dann jedes Mal, einen mehrwöchigen Aufenthalt in der Nähe des Konsulates zu finanzieren. Sicherheit auf den Wegen gibt es keine. Seine Frau reiste deswegen schon mehrfach nach Pakistan, weil es immer wieder zu Komplikationen bei der Bearbeitung kam. Inzwischen musste A. in Freiburg einen DNA-Test durchführen lassen, um für das deutsche und afghanische Verfahren die Vaterschaft nachzuweisen. Allen seinen Kindern steht das in der für sie zuständigen deutschen Botschaft ebenfalls noch bevor. Vorliegende Geburtsurkunden reichen nicht aus. Der beauftragte Rechtsanwalt von A. hatte sich bemüht, das Verfahren nach Teheran zu verlegen. Dies wäre wegen der vergleichsweise etwas sichereren Einreise und günstigeren Kosten für die Visaverfahren für alle besser gewesen, zumal Pakistan gerade im großen Stil nach Afghanistan abschiebt. Doch die Behörden lehnten das ab. Das bedeutet im Moment, die Familie muss sich irgendwie zunächst nach Pakistan begeben.

A. arbeitet als Altenpflegehelfer und hat zusätzlich einen Minijob bei einer Sozialstation.

Insbesondere über die Weihnachtsfeiertage erzählte er mir von den vielen alten Menschen, die er berufsbedingt besucht hat. Sie würden teilweise so sehr klagen und leiden, weil sie ihre Verwandten vermissen. Einmal traute er sich bei einem seiner Klienten, etwas über seine eigene Familie zu erzählen. Das half in diesem Fall, denn auch sein Leid und seine Sorge ist ja kaum nachvollziehbar.

A. wohnt nun in einer großen Wohnung, mit auf unbekannte Zeit leerstehenden Zimmern, und muss auf die Familie warten. Um all die entstehenden Kosten finanzieren zu können, haben wir ihm als *Lebenshaus* einen Kredit gegeben, den er in leistbaren Raten über Jahre zurückzahlen will.

Sollte seiner Frau mit den vier Kindern wirklich diese Ausreise gelingen, halte ich das fast für ein Wunder. Dann allerdings beginnt der Integrationsprozess für fünf Personen von vorne. Wie schwer machen es deutsche Behörden selbst jenen Menschen und ihren Familien, die jahrelang für sie in Afghanistan gearbeitet haben und deren Leben durch die Taliban bedroht ist.



B. und die vierte Chance

Die Folgen von Traumatisierung durch Krieg und Flucht wirken bei einigen Menschen viele Jahre aktiv nach, bei anderen werden sie verdrängt und tauchen dann womöglich sehr viel später im Leben erst als Gespenster auf. Ich staune, dass auch nach acht Jahren und guter Integration vor Ort noch Spuren zu sehen sind, die langsam zu verheilen scheinen und nun, plötzlich, eine neue Chance eingefordert wird.

Ein junger, aus Afghanistan stammender Mann fragte mich höflich nach einem neuen Kontakt und Unterstützung an, weil er nun soweit sei, sich um einen verfestigten Aufenthalt und eine Ausbildung in der Pflege zu bemühen. Er hatte vor Jahren schon viele Termine immer wieder verpasst und sich nicht wirklich bewegt, was mich fast verzweifeln ließ. Seine Klage gegen den Ablehnungsbescheid im Asylverfahren ging auch durch dieses Verhalten verloren. Der Kontakt war abgebrochen, aber wir sahen uns doch immer wieder. Das Selbstbewusstsein trug er meist in der Hosentasche. Aber ein Lächeln hatte er immer im Gesicht, das die meisten Menschen verzauberte und seine Tränen dahinter gut versteckte. Er ist ein sehr einfühlsamer Mensch und bei seinen Freunden als guter Zuhörer sehr beliebt.

Nun: wir versuchen es wieder miteinander. Er hat die Verantwortung für den Fortgang seiner Angelegenheiten vor sich, ich erwarte, dass er sie übernimmt. Wir sortieren die einzelnen Schritte und Wünsche zusammen, gehen muss er sie selbst. Es bleibt spannend, und auf meiner Seite ein vorsichtiges Coaching. Wo wird er in einem Jahr angekommen sein?

- - Heiraten - - !

In einem bestimmten Alter scheinen sich die meisten jungen afghanischen Männer vor Ort unaufhaltsam auf die Suche nach einer Lebenspartnerschaft zu machen. Welche Wege es dafür gibt, das durchschaue ich kaum. Leider ist es für afghanische Männer fast unmöglich, ein deutsches Mädchen für eine feste Bindung zu interessieren. So sehen sie sich angewiesen auf die Mädchen aus ihrer Heimat, die dort dringend darauf warten, aus Afghanistan ausreisen zu können. Denn dort haben Frauen keinerlei Perspektive auf Bildung, selbstbestimmtes Leben und Sicherheit. Man mag darüber denken, wie man will. Ich kann dies jedoch gut verstehen. Seit über vier Jahrzehnten spielen Krieg, Zerstörung, Unterdrückung und Flucht in dem Land eine Rolle. Und gerade Frauen haben nach der erneuten Machtübernahme der Taliban nur noch eingeschränkte Rechte und dort kaum eine Perspektive.

Es finden also Online im Internet alle für eine Beziehung nötigen Gespräche und Vereinbarungen statt. Man kann sich dort ja täglich sehen, sofern die Medien und das Geld dafür da sind. Wir hören im *Lebenshaus* Lachen und Reden, wir sehen in glückliche Augen, wir sehen auch traurige Enttäuschungen und Wut, wenn die Erwartungen nicht erfüllt

wurden. Familien lernen den Bewerber für ihre Tochter über Bildschirme kennen. Bedingungen für die Verlobung werden ausgehandelt. Pläne werden geschmiedet. Über allem liegt die unsägliche Zeit und eine große Ungewissheit, ob sie sich jemals sehen werden. Bis zu einer Zusammenführung, die unsicher ist, wird es viele Jahre dauern. Wer hält als junger Mensch das durch? Diese Lebensumstände auszuhalten, das kann wohl nur unter Kriegs- oder Nachkriegsbedingungen funktionieren. Es braucht so viele glückliche Umstände und Zufälle, so viel Unterstützung auf allen Seiten, unendliche Geduld der Betroffenen.

Kommen die Frauen wirklich dann im „Land ohne Krieg“ an, bedarf es eines Neustarts, den unsere Gesellschaft kaum nachvollziehen kann. Die Bereitschaft, von Kriegen gezeichnete Menschen wirklich aufzunehmen, sollte wachsen, wie auch unser Verständnis für den unglaublichen Lebensmut dieser Menschen. Sie geben nicht auf! Doch gibt es natürlich auch solche, die bewusst oder ängstlich mit der Heiratsplanung warten, um sich zunächst hier noch besser zu etablieren oder andere Lösungen zu finden.

Ich bewundere alle, die es schaffen, mit so viel Lebensmut und Hoffnung an ihrem Recht auf ein gutes Leben zu bauen und ihre weit in der Ferne lebenden Familien und Freunde nicht vergessen, ohne das Gleichgewicht zu verlieren.

Bedrohter Diskurs

Von Michael Schmid

Seit dem russischen Angriff dauert der Krieg in der Ukraine nun über zwei Jahre an. Das bedeutet hunderttausende Tote und Verwundete, unsägliches menschliches Leid auch für ihre Angehörigen, Verwüstung des Landes und Zerstörung der Lebensgrundlagen mit allen sozialen, wirtschaftlichen aber auch psychischen Folgen für die Betroffenen, und zwar auf beiden Seiten. Angeblich alternativlose Aufrüstung in Europa, Rekordgewinne der Rüstungsindustrie.

In Deutschland ist die Debatte über den Ukrainekrieg geprägt von Kriegsbefürwortung und -propaganda, vermehrten Waffenlieferungen, Feindbilddenken, Furcht vor „den Russen“ und dem wiederauferstandenen deutschen Schwertglauben. Ein offener Diskurs, der die unterschiedlichen Auffassungen und gegensätzlichen Argumente gleichberechtigt nebeneinander zur Sprache bringt, findet dagegen nicht statt. Standpunkte, die dem Mainstream widersprechen und der Haltung großer Bevölkerungskreise eine Stimme geben, kommen in den großen Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen nur selten vor. Das bedeutet allerdings nicht, dass es nicht Menschen mit abweichenden Positionen zuhauf gibt. In der Friedensbewegung wissen wir das natürlich.

Hermann Theisen und Helmut Donat haben nun das Buch „Bedrohter Diskurs. Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg“ herausgegeben, in dem Beiträge von insgesamt 57 Autorinnen und Autoren versammelt sind. Darunter befinden sich zum Beispiel Peter Brandt, Eugen Drewermann, Margot Käßmann, Gabriele Krone-Schmalz, Heribert Prantl, Michael von der Schulenburg, Günter Verheugen, Sahra Wagenknecht, Wolfram Wette, Andreas Zumach, u.a.m. Die Autorinnen und Autoren blicken zum Teil in sehr persönlicher Weise auf den Krieg in der Ukraine. Die daraus entstandenen Perspektiven wurden aus persönlichen, biographischen und beruflichen Hintergründen hergeleitet. Einig sind sich dabei fast alle darin, dass die Waffen umgehend zum Schweigen gebracht und der Krieg durch Verhandlungen beendet werden soll. Eine Ausnahme bildet der SPD-Politiker Markus Meckel, in der kurzen Übergangsphase von April bis August 1990 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Er spricht sich gegen Forderungen nach Verhandlungen von außen aus, befürwortet weitere Waffenlieferungen an die Ukraine, eine starke Aufrüstung der NATO und die Aufnahme der Ukraine nach dem Krieg in das nordatlantische Militärbündnis. Zudem stellt er fest: „Für absehbare Zeit ist Sicherheit in Europa als Sicherheit vor Russland zu konzipieren.“



Eine solche Denkweise teilen die anderen Autorinnen und Autoren dieses Buches nicht. So befürchtet etwa Wolfram Wette für die Zeit nach Ende des Ukrainekriegs entweder einen neuen Kalten Krieg mit einem „neuen Eisernen Vorhang, der Europa von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer teilt“ sowie von Militär, Aufrüstung und Feinddenken beherrschter Politik und Volkswirtschaften, die „eine stete Kriegsgefahr“ produzieren. Er hofft allerdings auf eine positive Alternative, die an die Friedens- und Entspannungspolitik seit den 1970er Jahren und deren Erkenntnis anknüpft, dass Sicherheit nicht durch ein militärisches Gegeneinander zu erreichen ist, sondern nur in einem Miteinander, das auch Russland einschließen müsse. Entsprechend könnten die Ideen der „Gemeinsamen Sicherheit“ und des „Gemeinsamen Hauses Europa“ die politische Orientierung für eine künftige gesamteuropäische Entwicklung vorgeben.

Insgesamt machen fast alle Autorinnen und Autoren Positionen sichtbar, die bislang in einem öffentlichen Diskurs nicht genügend beachtet oder ganz unterdrückt wurden. Es werden eine Vielzahl von Vorschlägen zu einem Weg heraus aus dem Ukrainekrieg und aus anderen kriegerischen Auseinandersetzungen gemacht. Bestenfalls sollen solche Kriege in Zukunft unmöglich gemacht und Konflikte mit zivilen Mitteln bear-

beitet werden.

„Das Buch kommt zum richtigen Zeitpunkt und ist äußerst lesenswert! Das politische Ziel ‚Nie wieder Krieg!' darf nicht untergehen!", urteilt das Schweizer Online-Magazin *GlobalBridge*. Dem kann ich nur zustimmen.

Hermann Theisen / Helmut Donat (Hg.): Bedrohter Diskurs - Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg. Bremen: Donat Verlag 2024. ISBN: 978-3-949116-21-6; 368 Seiten; 24,80 EUR.

Wir veröffentlichen die beiden Beiträge für das Buch „Bedrohter Diskurs – Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg" von Michael Schmid und Peter Bürger.

Hass und Krieg verlernen

Von Michael Schmid - Beitrag für das Buch „Bedrohter Diskurs"

Wegen meines Wehrdienstes vor fünfzig Jahren bin ich Kriegsdienstverweigerer und Pazifist geworden. Bei meinem ersten und einzigen Scharfschießen hat mich der neben mir stehende Ausbilder aufgefordert, ich solle „dem bösen Russen mitten ins Gesicht schießen". Das hat mir nachdrücklich vor Augen geführt, für was ich da trainiert werden sollte. Auf wildfremde Menschen schießen – seien es Russen oder Angehörige anderer Nationen –, das wollte ich nicht. Ich bin Mitglied von pazifistischen Organisationen geworden: dem „Internationalen Versöhnungsbund" und der „Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen", später dem „Bund für Soziale Verteidigung". In diesem Zusammenhang habe ich die Grundsatzerklärung der „War Resisters' International" unterzeichnet: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten." Diese Selbstverpflichtung gilt für mich bis heute. Den russischen Angriff auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 verurteile ich daher als ein Verbrechen - wie jeden anderen Krieg.

Allerdings ist nach meinem Verständnis von Politik – und das nicht nur aus pazifistischer Sicht – darauf zu bestehen, die Vorgeschichte einzubeziehen. Ein großer Teil der Verantwortung ist auf die konfrontative Zuspitzung, die vom Westen ausging, zurückzuführen. Nach Ende des Kalten Kriegs hat die große Chance bestanden, eine gesamteuropäische Friedensordnung unter Einschluss Russlands aufzubauen, von Michail Gorbatschow als „gemeinsames Haus Europa" vorgeschlagen. Stattdessen haben insbesondere die USA in ihrer Siegermentalität das Gegenteil aus dem Vorschlag Gorbatschows gemacht: Die NATO dehnte sich immer weiter in Richtung Osten aus, intensivierte die militärische Zusammenarbeit mit der Ukraine, rüstete das Land massiv auf und stellte ihm die NATO-Mitgliedschaft in Aussicht. Bei alledem sind russische Sicherheitsbedenken in den Wind geschlagen worden. Hätte man Putin versichert, dass es keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine geben werde, wäre es zu einem russischen Einmarsch in die Ukraine wohl nicht gekommen. Doch selbst wenn sich Putin provoziert gefühlt hätte oder sogar – absichtlich - provoziert worden wäre, hätte er die Ukraine nicht angreifen dürfen. Ein Verbrechen lässt sich mit nichts rechtfertigen.

Mit jedem weiteren Kriegstag setzt sich das sinnlose Blutvergießen fort. Waffenlieferungen aus Deutschland und anderen NATO-Staaten befeuern den Krieg und verlängern das Leid der Menschen. Je früher der Waffengang gestoppt und mit Verhandlungen begonnen wird, umso besser. Vorschläge hierzu liegen von verschiedenen Seiten bereits vor. Deutschland sollte selbst endlich diplomatische Initiativen ergreifen, humanitäre Hilfe für die Ukraine zur Verfügung stellen, weiter geflüchtete Menschen aufnehmen. Vor allem sollte sich die Bundesregierung an die Seite jener Menschen in den Kriegsländern stellen, welche die Logik des Krieges durchbrechen wollen, wie z.B. die „Ukrainische Pazifistische Bewegung" um Yurii Sheliazhenko. Zehntausende haben sich auf allen Seiten des Ukrainekrieges – in Russland, Belarus und der Ukraine – den Kämpfen entzogen. Sie sehen sich aufgrund ihrer Haltung gegen den Krieg starken Repressionen ausgesetzt. Initiiert durch „Connection e.V." haben sich dreißig Organisationen aus Europa zur „#ObjectWarCampaign" zusammengeschlossen, um sich dafür einzusetzen, Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus den genannten Ländern in Deutschland und der EU Schutz und Asyl zu geben.



Eine solche Kehrtwende bleibt vor dem Hintergrund, dass in unserem Land seitens nahezu aller politischen Parteien und in den Leitmedien eine unglaubliche Stimmungsmache zugunsten der militärischen Unterstützung der Ukraine stattfindet, eher Wunschdenken. Es ist offenkundig, dass in Kriegszeiten die Reihen fest geschlossen und keine Zweifel an der eigenen Position zugelassen werden. Während wir, wie es heißt, „die Guten" sind, wird Putin – oder auch das ganze russische Volk – als „das absolut Böse" dargestellt, der russische Präsident gar mit Hitler verglichen. Feindbilddenken und Hass haben sich breit gemacht. Ich fühle mich zurückversetzt in meine Bundeswehrzeit vor über fünfzig Jahren, als alles auf



Der ukrainische Kriegsdienstverweigerer, Pazifist und Menschenrechtsaktivist Yurii Sheliazhenko stellt sich gemeinsam mit der „Ukrainischen Pazifistischen Bewegung" gegen beide Seiten des aktuellen Krieges.

die Bekämpfung „des bösen Russen" ausgerichtet war. Fassungslos sehe ich, wie militarisiertes Denken öffentlich um sich greift. Berichtet wird fast ausschließlich aus der Optik der NATO.

Vor diesem Hintergrund, dem ständigen Trommeln für den Krieg und für Waffenlieferungen, ist der Meinungskorridor in weiten Teilen der Medien erschreckend schmal geworden. Abweichende und gegen die Einseitigkeit gerichtete Stimmen sind selten zu hören. Im Gegenteil. Es finden regelrechte systematische Hetz- und Verleumdungskampagnen gegen jene statt, die es wagen, die veröffentlichte Meinung in Frage zu stellen. Wer für Verhandlungen und Waffenstillstand eintritt, wird als „Lumpenpazifist" (Sascha Lobo) diffamiert, wer Angst vor einem Weltkrieg ausdrückt, wird zum „Putin-Versteher" gemacht oder zu „Putins fünfter Kolonne" gezählt und der Verbreitung von dessen Propaganda bezichtigt. Je prominenter die Abweichler sind, umso mehr werden sie von Kommentatorinnen und Kommentatoren niedergemacht. So etwa Gabriele Krone-Schmalz oder Ulrike Guérot. Teilweise wird sogar der Versuch unternommen, ihre beruflichen Perspektiven einzuschränken oder gar zu vernichten, Veranstaltungen zu verbieten oder auch Kritik zu kriminalisieren.

Leitmedien behaupten, sie repräsentierten die Vierte Gewalt, kontrollierten die Mächtigen und ermöglichten Demokratie, kritisieren aber statt der Regierungspolitik diejenigen, die zu ihr in Opposition stehen. Statt einer unparteiischen Berichterstattung und Kommentierung sind sie zum politischen Aktivismus übergegangen und treiben die politische Debatte zu Krieg und Frieden in ihrem Sinne voran. Ein besorgniserregender Zustand der Demokratie in unserem Land!

Wie lassen sich diese Dissonanzen und Konflikte überwinden? Natürlich wäre wünschenswert, alle Akteure besännen sich darauf, was eine lebendige Demokratie ausmacht: Rede- und Meinungsfreiheit, Streitgespräche über kontroverse Ansichten, Respekt vor der Meinung Andersdenkender, Dialog… Leider sehe ich nicht, wie das momentan im Großen geschehen könnte. Doch wem immer es möglich ist, zumindest kleine Schritte zu gehen, sollte sie gehen. Es wäre bereits ein Fortschritt, wenn einzelne Medienschaffende verinnerlichte Glaubenssätze und Annahmen in Frage stellten und nicht weiter tabuisierten. Wer hat den Mut, auszubrechen? Wer geht auf Andersdenkende zu, lässt sie fair zu Wort kommen? Gut wären ebenfalls runde Tische, an denen Menschen mit unterschiedlichen Positionen zusammensitzen, um sich auszutauschen. Wie das z.B. vorbildlich die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern" e.V. macht, die seit 2019 jährlich ein „Munich Peace Meeting" als nicht-öffentliches Fachgespräch organisiert. Bei dieser Veranstaltung findet ein Dialog zwischen Vertretern von Friedenswissenschaft, -arbeit und -bewegung und mit der Leitung bzw. dem Team der Münchner Sicherheitskonferenz zu Aspekten der Sicherheits- und Friedenspolitik statt. Dabei ist wichtig, dass den Teilnehmenden ein gleichberechtigter, respektvoller Austausch sowie eine gegenseitige Erweiterung des Horizonts ermöglicht wird.

Von existentieller Bedeutung ist zugleich eine Besinnung darauf, worin die wirklichen globalen Herausforderungen bestehen, die wir zu bearbeiten, zu bewältigen haben und auf die sich unsere Aufmerksamkeit richten sollte: Klimaerhitzung, Hunger, soziale Ungleichheit, atomare Vernichtung. Insbesondere die menschengemachten Bedrohungen bedürfen allergrößter, internationaler Anstrengungen. Dem steht die volle Konzentration so vieler Ressourcen auf die militärische Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland und die irrsinnige weltweite Aufrüstung entgegen. Stattdessen sind endlich eine zivile Konfliktbearbeitung und eine konfliktpräventive Außenpolitik in den Vordergrund zu stellen. Unbedingt gehört zur künftigen Krisen- und Gewaltprävention die Arbeit an der Basis für ein nachhaltiges, solidarisches, ökologisches und weitgehend gewaltfreies Gemeinwesen, das niemanden ausschließt und das in der Lage ist, sich gegen militärische Übergriffe sozial zu verteidigen. Damit sich überhaupt etwas in diese Richtung bewegt, bedarf es wohl unzähliger Initiativen von unten aus der Zivilgesellschaft.

Ebenfalls gilt es, sich der sowohl nach innen wie der nach außen gerichteten Feindbilder anzunehmen und sie zu überwinden. Zum Feindbildabbau leisten nicht zuletzt kulturelle Aktivitäten Bedeutendes. Gerade dort, wo aktuell Ausgrenzung und Ausschluss alles Russischen aus unserem öffentlichen Leben stattfindet, sind Brücken zu bauen. In Bremen gibt es z.B. im Rahmen der „Deutsch-Russischen Friedenstage e.V." die auf hohem Niveau angesiedelte und von der Bremer Volkshochschule mitgetragene Veranstaltungsreihe „Russische Lyrik im Spiegel der Zeit", die stets ein großes Echo findet und Vorurteile widerlegt.[1] Zu nennen ist auch das von Peter Bürger jüngst initiierte pazifistische Editionsprojekt „Tolstoi-Friedensbibliothek" (www.tolstoi-friedensbibliothek.de), das einen kostenfreien, vollständigen Zugang zu den pazifistischen, sozialkritischen, (religions-)philosophischen und theologischen Schriften Leo N. Tolstois bietet.

Ich wünsche mir schließlich, dass sich viele Menschen durch

[1] *Vgl. https://deutsch-russische-friedenstage.de/2023/06/es-war-schoen-lyrik-von-jessenin-und-majakowskij/ – 29.7.2023*

den letzten Text der im März 2023 verstorbenen Antje Vollmer berühren und zum Nachdenken anregen lassen. Er endet mit einem an alle gerichteten Vermächtnis: „Der Hass und die Bereitschaft zum Krieg und zur Feindbildproduktion ist tief verwurzelt in der Menschheit, gerade in Zeiten großer Krisen und existentieller Ängste. Heute aber gilt: Wer die Welt wirklich retten will, diesen kostbaren einzigartigen wunderbaren Planeten, der muss den Hass und den Krieg gründlich verlernen. Wir haben nur diese eine Zukunftsoption.“[2]

Michael Schmid, Jg. 1951, Sozialwissenschaftler (M.A.) und Pädagoge, Geschäftsführer von Lebenshaus Schwäbische Alb e.V. sowie als „Referent für Friedensfragen“ angestellt; lebt und arbeitet im Lebenshaus in Gammertingen; seit Mitte der 70er-Jahre in der „Eine-Welt-Bewegung“, Ökologie- und Friedensbewegung engagiert. Teilnahme an zahlreichen gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams mit daraus folgenden Gerichtsverhandlungen; verantwortlicher Redakteur eines vierteljährlich erscheinenden gedruckten Rundbriefs und des Newsletters von „Lebenshaus Schwäbische Alb“ sowie der Website www.lebenshaus-alb.de

[2] *Antje Vollmer, Vermächtnis einer Pazifistin: „Was ich noch zu sagen hätte“. In: Berliner Zeitung. Online-Ausgabe, 23.2.2023, aktualisiert am 17.3.2023 – https://ogy.de/axtq – 19.7.2023.*

„Nicht Frieden zu bringen, sondern Streit …“

Von Peter Bürger - Beitrag für das Buch „Bedrohter Diskurs“

„Ich bin nicht gekommen, um Frieden zu bringen, sondern das Schwert zu werfen …, um den Sohn mit seinem Vater zu entzweien und die Tochter mit ihrer Mutter … und die Hausgenossen eines Menschen werden seine Feinde sein.“ (Matthäus-Evangelium 10, 34-36)

Als ‚vorkonstantinischer‘ Christ, Pazifist und Linker bin ich daran gewöhnt, in Begegnungen und Diskursen eine Minderheitenrolle einzunehmen. Viele Dissonanzen, Herausforderungen und Zumutungen unter dem Vorzeichen des russischen Einmarschs in die Ukraine gehören gleichwohl zu einer neuen Erfahrung. Die Entfremdung von gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Milieus, die ich ehedem als Herbergen auf einem offenen Lebensweg für unverzichtbar hielt, fällt mir schwer. Noch schmerzlicher ist es, wenn die Risse sich – infolge von Medienfront und Pazifistenhetze – bis in das nahe persönliche Umfeld fortsetzen.

1. Die Friedenstaube, die seit Ende 2001 immer an meiner Kleidung sichtbar ist, signalisiert eine Einladung zu Rückfragen jeglicher Art. Doch im letzten Jahr bescherte sie mir vor allem Bekehrungspredigten. Bei einem Freundesabend Anfang 2022 wurde ich unvermittelt über das Ende des Pazifismus belehrt, denn jetzt müsse mittels Waffen die rote Karte gezeigt werden. Mein Gegenüber geriet in die höchste Erregungsstufe, obwohl ich zum Thema noch gar nichts gesagt hatte. Eine mir sehr nahestehende Person nutzte regelmäßige Telefonate auf einmal dazu, mich in schrillen Tönen über die Bösartigkeit von Wladimir Putin aufzuklären. (Es ist allerdings ausgeschlossen, dass ich in der Vergangenheit jemals irgendeine Sympathie für den gegenwärtigen russischen Präsidenten ausgesprochen habe.) Das seit über zwei Jahrzehnten gepflegte Frühlingssingen in meiner Küche – mit einem pluralen Repertoire vom frommen Gospel bis hin zum sozialistischen Arbeiterlied – wurde sodann Schauplatz eines leidenschaftlichen Plädoyers gegen die Botschaft der Ostermarschlieder; der Abend war nur noch durch ein ‚Politikverbot‘ zu retten.



2. Kaum erfreulicher gestalteten sich die Verhältnisse in Bewegungen und öffentlichen Diskursräumen. Die Physikerin Dr. Ursula Paulus (Köln), eine Gefährtin aus der pax christi-Bewegung, musste 2022 auf einer Veranstaltung der Böll-Stiftung in Düsseldorf als eigens eingeladene Referentin ihr Rederecht gegenüber einem aufgebrachten Disputanten verteidigen. Schon im Vorfeld der letzten Eskalation des russisch-ukrainischen Konfliktes war eine früher basiskirchlich orientierte Zeitschrift, die seit 1980 zu meiner Lektüre gehört hatte, weitgehend auf eine ‚olivgrüne Linie‘ gebracht worden. Sogar im Organ der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK) konnte ich vereinzelt Voten lesen, die nicht mehr in Einklang standen mit der von jedem Mitglied unterschriebenen Grundsatzerklärung: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“ Die seit einem Jahrzehnt stetig gewachsene Hoffnung, die großen Kirchen würden sich endlich von jeglicher Kriegsapologie verabschieden und als Fürsprecher einer aktiven Gewaltfreiheit in Erscheinung treten, war im Nu erledigt. Auf hiesigen Kirchentagen wird die Forderung nach Waffenlieferungen ins Kriegsgebiet vor laufenden Kameras wie ein ‚neues Evangelium‘ vorgetragen. (Der Papst gilt manchen bürgerlichen Zei-

tungen aber fast als ‚Putinist', weil er das westliche ‚Narrativ' zum Ukrainekrieg nicht hinreichend stützt.) In der Friedensbewegung, die nirgendwo in Europa besonders stark ist, dominieren Ohnmachtsgefühle und Entzweiung. Es gibt rechtsoffene ‚Querfront'-Verirrungen, doch gewichtiger noch ist die Strategie der Herrschenden, jede unbequeme Kritik als ‚Querfront-Wahn' zu diffamieren. Das sehr zurückhaltende ‚Wagenknecht-Schwarzer'-Manifest für den Frieden vom Februar 2023 wurde z.B. in den Medien mit großer Reichweite wie eine rechtslastige Kriegsdienstleistung für den russischen Präsidenten präsentiert. Innerhalb der letzten noch im Parlament verbliebenen linken Partei sorgen unterschiedliche Ausscherungen nach Rechts für Verwerfungen. Einzelne staatstragende Kräfte üben sich gar in NATO-freundlichen Voten und begrüßen Waffenexporte. Unmissverständliche Kritik am Kriegsbeteiligungskurs der Regierung kommt ausgerechnet aus jenem mir ebenso fern liegenden Lager, das den Internationalismus zugunsten eines nationalen (bzw. ‚sozialkonservativen') Paradigmas beerdigt. Um ein letztes Beispiel anzuführen: Als Schwuler muss ich es im Sommer 2023 nolens volens erdulden, dass die Düsseldorfer Veranstalter des Christopher-Street-Day zwei besonders bellizistische Bundespolitikerinnen (FDP, Grüne) auf der Bühne hofieren, während linke bzw. militärkritische Akteure gar nicht in Erscheinung treten. Manche Angehörige der im Neoliberalismus sozialisierten Generation betrachten heute das westliche Militärbündnis gleichsam als Schutzmacht für die Freiheitsrechte sexueller Minderheiten.



3. Bis zum Herbst des ersten Kriegsjahres habe ich mir redlich Mühe gegeben, die Inhalte der großen – z.T. öffentlich-rechtlichen – Medienanbieter zu sichten und hierbei die Hoffnung aufrechtzuerhalten, es könnten sich wirklich plurale Diskurse entwickeln. Die Allgegenwart der Sendungen nur zum selektiv ausgewählten Kriegsschauplatz Ukraine – unter Vernachlässigung vieler Überlebensfragen der menschlichen Familie – und der Grad der Militarisierung in zahlreichen Formaten sind aus meiner Sicht erschreckend. Die Vermittlung der Geschichte des russisch-ukrainischen Konfliktes vollzieht sich in frappanten Verkürzungen (bzw. Amnesien). Unentwegte Reportagen über Offensiven, Strategien, Frontverläufe, Waffengattungen, neue Rüstungslieferungen u.v.m. lassen ebenso wenig wie das eskalationsfreudige Geplätscher in einschlägigen Talkrunden über Kriegsziele (‚Siegfrieden') und die angebliche Unmöglichkeit von Kompromissen erkennen, dass gleichzeitig Tag für Tag hunderte, gar tausende Menschen aus Fleisch und Blut, welche die Mächtigen in eine Uniform stecken, zerfetzt werden. Die Risikobereitschaft von sogenannten Experten, die in sicherer Entfernung zu den blutgetränkten Niederungen der Menschenschlächterei ihre Kommentare abgeben, legt den Schluss nahe, dass die Mediensortimente des ‚virtuellen Krieges' schon eine ganze Generation geprägt haben, die im fortgeschrittenen Wirklichkeitsverlust selbst mögliche Reaktorbombardierungen, Atombombeneinsätze und Weltkriegsszenarien vor allem nach Art eines Videospiels betrachtet. Selten kommt es zu nachdenklichen Betrachtungen über die totalitäre Potenz der revolutionierten Militärtechnologien. An Moralpredigten und Freiheitspathos ist kein Mangel. Als Zuschauer soll ich jedoch Nationalismus, Kriegsliturgien, Heldengeschichten des rechten Sektors und Repressionen gegen Verweigerer (Pazifisten) nebst anderen Demokratiedefiziten gutheißen oder tolerieren, wenn es um die ‚gute Sache' geht. Die Uniformität der Kriegsmedienangebote, die auch von erfahrenen Vertretern des linksliberalen Bürgertums wie dem ehemaligen EU-Kommissar Günther Verheugen (SPD) beklagt wird, lässt sich nicht monokausal erklären. Groß ist die Zahl der Medienschaffenden, die ohne jeden äußeren Zwang aus eigenem Antrieb an der militärgläubigen Erzählung mitschreiben. Es gehört jedoch nicht zum Feld eines geheimen Wissens, dass ‚geeignetes Material' auch von beauftragten Instituten und Agenturen bereitgestellt wird. Hinzu tritt das Feld der vorauseilenden Selbstzensur. Ein Redakteur, der sich aus Selbstachtung nicht anpasst, hat mich unlängst bei einem Interview zu zwei Friedensthemen vorab um Einverständnis für sein Vorgehen gebeten: Sollte eine übergeordnete Stelle Änderungen der inhaltlichen Linie verlangen, wird der Beitrag nicht erscheinen.

4. Wer am demokratischen Ideal festhält, kann die zunehmende Demagogie, mit der auch hierzulande ‚öffentliche Meinung' gemacht werden soll, nicht stillschweigend hinnehmen. Ich beschränke mich auf ein neueres Beispiel: Am 17.7.2023 veröffentlicht der Redakteur Michael Ströbel auf dem Portal t-online.de einen Bericht „Friedenspreis für Gabriele Krone-Schmalz stößt auf Unverständnis". Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk wird darin mit der Aussage zitiert, die angehende Löwenherz-Friedenspreis-Trägerin und der vorgesehene Laudator Eugen Drewermann stünden „ganz eindeutig auf der Seite des Kremls" und verbreiteten „offensiv Kreml-Narrative". Drewermann werde auch von Prof. Klaus Gestwa, dem Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte an der Uni Tübingen, „als ‚irrer Opa'" betrachtet, „der seinen politischen Kompass endgültig verloren und sich im ‚Querdenken'-Verschwörungssumpf hilflos verheddert hat". Weder die Publikationen von Gabriele Krone-Schmalz noch das jüngste Drewermann-Werk („Nur

durch Frieden bewahren wir uns selber“) werden auch nur erwähnt. Die Leserschaft hört aggressive Vernichtungsurteile von Dritten, erfährt aber rein gar nichts von den Positionen der Verfemten. Die breitenwirksame Diffamierung durch einen enthemmten Journalismus trifft vorzugsweise Personen, die den NATO-Komplex kritisieren und z.B. über Vorträge noch ein nennenswertes Publikum erreichen. Sie hat Methode, wie u.a. N. Wohlfahrt und J. Schillo in ihrem Buch „Deutsche Kriegsmoral auf dem Vormarsch“ (2023) belegen.

5. Man kann philosophisch den Standpunkt vertreten, dass es keine äußere Wirklichkeit gibt, sondern nur unsere eigenen Phantasmen oder die Vorspiegelungen eines Dämons. In diesem Fall ist es nicht nötig, etwa nach den Urhebern oder Auftraggebern eines Medienbeitrages, der pluralen Auswahl von Diskussionsteilnehmenden oder der Möglichkeit von ‚fake news‘ zu fragen. Völlig hinreichend kann sich ein ‚Ich‘, das die ganze Weltgeschichte stets nach Belieben aus sich selbst erbaut, z.B. auch mittels eines unterhaltsamen 90minütigen Dokumentarfilms, der gerade in der Mediathek verfügbar ist, über drei Jahrzehnte eines historischen Konfliktschauplatzes informieren. – Alles ist möglich und am Ende womöglich nur ein großer Spaß.



Sofern wir aber vermuten, dass die ‚Welt da draußen‘ wirklich da ist, und an Errungenschaften der Aufklärung festhalten, müssen wir im Verbund mit anderen die Zeugnisse der Geschichte kritisch und ohne Zensur sichten: Es erfolgten 1990 nachweislich – wenn auch ohne rechtsverbindliche vertragliche Fixierung – Zusagen an die Sowjetunion, die Einflusssphäre des westlichen Interessensbündnisses nach Ende des ‚Kalten Krieges‘ nicht in Richtung Osten zu verschieben. Die Idee von Vereinten Nationen und das für jede Friedensordnung unverzichtbare Konzept einer gemeinsamen Sicherheit durften nach Ende der Blockkonfrontation nicht Wirklichkeit werden, weil es selbsternannten ‚Siegern der Geschichte‘ gefiel, den Erdkreis weiterhin nach der Maßgabe von ‚Münze, Macht und Militär‘ zu ordnen. Bezogen auf den Plan der NATO-Osterweiterung gab es schon vor einem Vierteljahrhundert ein ausgeprägtes Problembewusstsein, so dass der dem ‚klassischen Realismus‘ verpflichtete US-Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) in der New York Times vom 5.2.1997 hierüber schreiben konnte: „Es ist zu erwarten, dass eine solche Entscheidung die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Öffentlichkeit anheizen, sich negativ auf die Entwicklung der russischen Demokratie auswirken, die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Ost-West-Beziehungen wiederherstellen und die russische Außenpolitik in eine Richtung lenken wird, die uns entschieden missfallen wird.“ (Was nützt es da, die Zugehörigkeit eines Landes zu einem militärischen Machtblock im luftleeren Raum abzuhandeln, gar analog zum Recht eines Individuums auf freie Lebensgestaltung?) Die NATO stellte 2008 der Ukraine und Georgien eine Anwartschaft auf Mitgliedschaft in Aussicht, wobei die USA im Verein mit osteuropäischen Länder sogar zunächst ein ‚Schnellverfahren‘ gewünscht hatten. Der russische NATO-Botschafter Dmitrij Rogosin befürchtete eine Rückkehr zum Blockbildungsmuster des ‚Kalten Krieges‘ und schlug vergeblich Beratungen über eine neue internationale Sicherheitsstruktur vor. – Sechs Jahre später gab es sehr wohl das Begehren einer ‚auswärtigen Macht‘, auf die politische Entwicklung in der Ukraine Einfluss zu nehmen; ein Blick in die einschlägigen Medienarchive vom Februar 2014 sorgt für Aufklärung. Spekulationen über vorangegangene Milliarden-Investitionen der USA gehen nicht auf Verschwörungstheoretiker zurück, sondern auf eine Selbstaussage der damaligen US-Staatssekretärin Victoria Nuland vom 28. Januar 2014 (Zeit online, 17.5.2015). … Wieso sollte es einer Rechtfertigung für Völkerrechtsbruch und Kriegsverbrechen der russischen Administration gleichkommen, an all dies zu erinnern, von einer unter Umständen möglichen Verhinderung des russischen Angriffs durch eine hörbereite Diplomatie noch Ende 2021 zu sprechen oder dem ehemaligen israelischen Premierminister Naftali Bennett zu glauben, dass es im März 2022 gute Aussichten für die Aushandlung eines Waffenstillstandes gab, welche im Westen aber nicht überall begrüßt wurden …? Ich finde es besorgniserregend, wenn in sog. Leitmedien das Hinweisen auf überprüfbare historische oder politische Kontexte als ein ‚Nachbeten von Kreml-Narrativen‘ klassifiziert wird. Noch beängstigender sind das Verstummen einer Grundsatzkritik des Programms ‚Krieg‘ im öffentlichen Raum und der ‚Verzicht‘ auf eine Evaluation der Heilsversprechen des militärischen Komplexes

6. Auf der Rückreise vom 6. Ökumenischen Aktionstag gegen die Atomwaffen in Büchel am 24. Juni 2023 war an meinem Hemd das Bekenntnis „Ich bin ein Lumpenpazifist“ zu lesen. Deshalb wurde ich im Zug von einer jungen Frau angesprochen, die sich als Mitglied der FDP und Befürworterin der Regierungspolitik zu erkennen gab. Nach unserem Austausch kam von einem unbeteiligten Zeitschriftenleser im Abteil die Rückmeldung, so respektvoll wünsche er sich im ganzen Land den Dialog zwischen den gegensätzlichen Lagern.

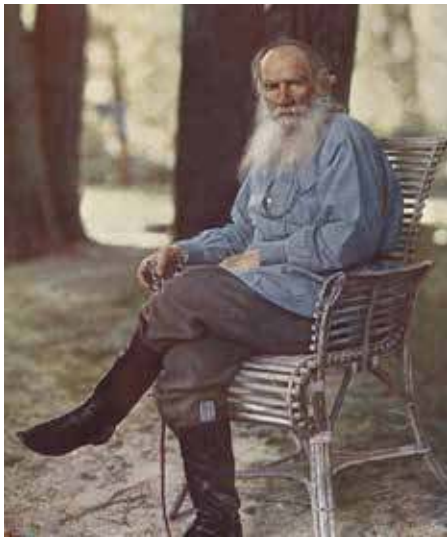
Ich fürchte nun allerdings, dass dieses Lob mit dem Wunsch verbunden war, dass Pazifisten – zugunsten

des staatlichen bzw. nationalen Kollektivs – zu einem Ausgleich der Standpunkte beitragen und ihre Minderheitenpositionen irgendwie in den vorherrschenden Diskurs integrieren (bzw. integrieren lassen). Einen Dienst am Frieden vollbringen Pazifistinnen oder Pazifisten jedoch aus meiner Sicht nicht mit Hilfe von Harmonisierungsbestrebungen, sondern nur durch Widerspruch und gewaltfreie Störungen der Hegemonie.

Unerlässlich ist zuvorderst die innere Versöhnung mit der eigenen Minderheitenrolle. Erst dann wird es uns möglich, das von Ohnmacht zeugende laute Schreien in Friedensreden zu verlernen und wider das Lehramt der maßgeblichen Massenmedien den Zweifel zu säen. Viele Menschen, die – oft aufgrund großer Alltagsbelastungen – nur begrenzte Möglichkeiten sehen, sich zu informieren, teilen mitnichten blind die ‚Staatsdoktrin'. Es gibt hierzulande jedenfalls keine Mehrheiten mehr für das Inkaufnehmen weiterer Eskalations-Stufen im Rahmen eines ‚Weltkriegs auf Raten'.

Meinen grundlegenden Ansatz „Pazifismus im Ernstfall der Zivilisation" (Telepolis, 29.08.2022 – siehe ebenfalls: https://ogy.de/11h9) versuche ich allerdings in Veranstaltungen und Gesprächen unabhängig von den erregten Tagesdebatten zu vermitteln. Es ist möglich, rational darüber aufzuklären, dass ein erneuter globaler Militarisierungskurs der menschlichen Gattung jede Chance nimmt, gemeinsam die drängenden Überlebensfragen zu lösen und die nach uns Kommenden vor einer Barbarei zu bewahren, die alle Abgründe der Vergangenheit in den Schatten stellt: „No peace – no future!" Eine Friedensbewegung, die das Leben liebt, wird hierzu auch die wirksamen Bildbotschaften finden.

7. Der weltweit bekannteste Friedensbote zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der Russe Leo N. Tolstoi (1828-1910). Wir widmen diesem Aufklärer, der so viele Menschen zur Verweigerung des Tötens ermutigt hat, seit über einem Jahr ein aufwändiges pazifistisches Editionsprojekt (www.tolstoi-friedensbibliothek.de). Vielleicht ist die Wahrnehmung dieser ‚Geste' bedeutsamer als die Rezeption der mehr als zwanzig Bände, die bislang noch bescheiden ausfällt. Auf dem Weg zum Brückenbau wäre noch vieles freizulegen. Wie wenig wissen wir etwa vom wirklichen Leben der Menschen in der Ukraine und in Russland, von ihren Leiden, Hoffnungen und Widerständen gegen die Religion des Krieges.



Lew Tolstoi (Foto von Prokudin-Gorski, 1908)

Peter Bürger: Jg. 1961, Dipl.-Theologe, examinierter Krankenpfleger und seit 2003 freier Publizist; Mitgliedschaften: pax christi (seit 1980), Versöhnungsbund, DFG-VK, Institut für Ökumenische Friedenstheologie, Solidarische Kirche im Rheinland, VVN-BdA, DIE LINKE / BAG Linke Christinnen & Christen. – Arbeitsfelder: Südwestfälische Regionalgeschichte & Mundartliteratur; Krieg & Massenkultur (Bertha-von-Suttner Preis: Film & Medien 2006); Forschungsreihe ‚Kirche und Weltkrieg'; pazifistisches Editionsprojekt Tolstoi-Friedensbibliothek.de.

Israelis verstehen

Von Nirit Sommerfeld

Sie essen Gras in Gaza. Wissen die Menschen das nicht in Tel Aviv?

Sie, die überlebt haben, sind aus dem Norden geflohen, wenn sie noch gehen konnten. Sie sind weiter nach Süden gezogen, wenn sie noch Beine und Arme hatten, und haben diejenigen getragen, deren Gliedmaßen oft ohne Narkose und Schmerzmittel amputiert wurden. Ihnen wurde eine safe zone versprochen, aber in Wahrheit sind sie nirgendwo sicher. Ihnen wurden auch andere Versprechungen gemacht: dass kein Stein auf dem anderen bliebe, dass man sie ausmerzen würde, vernichten und vertreiben wie Tiere, ihnen Treibstoff für ihre Generatoren entziehen, ihnen den Zugang zu Lebensmittel und Wasser verweigern. Diese Versprechen werden gehalten.

Das Internet ist voll von Berichten und Videos von nicht enden wollenden schweren Bombenangriffen auf Gaza und ihre verheerenden Folgen. Seit dem 7. Oktober sind dort über 36.000 Menschen getötet worden, wenn man die rund 8.000 dazu zählt, die als „vermisst" gelten und die vermutlich verletzt unter Schutt auf ihren langsamen Tod warten oder mittlerweile verwesen. Dazu kommen an die 70.000 Verletzte, denen von einstmals 36 Krankenhäusern keines mehr voll funktionsfähig zur Verfügung steht. Wer nicht tot oder verwundet ist, hat sein Zuhause, Freunde und Verwandte verloren, leidet Hunger und ist auf der Flucht innerhalb des eigenen Gefängnisses. Das betrifft etwa 90% aller Menschen in Gaza. Fast zwei Millionen Menschen. Über die Hälfte von ihnen Kinder. In Gaza droht die weltweit größte Hungerkatastrophe, bereits jetzt sind neun von zehn Kindern unterernährt. Krankheiten grassieren, vor Epidemien wird gewarnt.

Am 10. Februar 2024 hat Benjamin Netanyahu die Evakuierung von 1,4 Millionen Menschen aus Rafah, dem süd-



Nirit Sommerfeld bei „We shall overcome"-Tagung in Gammertingen im Oktober 2019.

lichen Gazastreifen, angeordnet. Evakuierung bedeutet: in die Wüste schicken. Auf die ägyptische Sinai-Halbinsel. Anderthalb Millionen Menschen, die innerhalb des Gazastreifens bereits mehrfach vertrieben wurden, nachdem ihre Vorfahren 1947/48 bereits als Vertriebene aus den umliegenden Dörfern dorthin deportiert wurden.

Die Mehrheit der Weltgemeinschaft ist darüber entsetzt. Das zeigt eine Abstimmung in den Vereinten Nationen zu einem sofortigen Waffenstillstand, bei der 153 Länder dafür stimmten, 10 dagegen. 23 Länder enthielten sich, darunter auch Deutschland. In Deutschland geht die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung sicher nicht konform mit der Meinung der deutschen (= israelischen) Regierung und der allermeisten Medien, die immer noch vom „Recht Israels auf Selbstverteidigung" schwadronieren. Aber was denken Israelis? Steht wirklich die Mehrheit der jüdischen Israelis hinter dem Regierungskurs des „Krieg bis zum totalen Sieg"?

Die allermeisten Israelis wissen nicht, was in Gaza derzeit wirklich passiert. Klingt nicht plausibel, ist aber so. Die allermeisten Israelis sehen den ganzen Tag fern oder lesen, wie viele andere Leute auch, die Schlagzeilen in den Sozialen Medien, so wie der Algorithmus es ihnen vorgibt. Hier wie dort erfahren sie, dass ganz Gaza bevölkert ist von Terroristen; manche von ihnen würden Zivilisten, Krankenhäuser und UN-Einrichtungen für ihre terroristischen Zwecke missbrauchen. Ihr einziger Lebenszweck sei es, Juden, vor allem israelische, zu vernichten. Diese Sichtweise basiert auf jahrzehntelang gelieferten Informationen, die Israelis durch Medien und Regierung, aber auch in Schulen und bei den meisten sozialen Interaktionen angeboten werden. Dabei lernen sie, dass Araber (von Palästinensern ist eigentlich nie die Rede) Juden hassen, wir wiederum sie hassen und dass sich daran niemals etwas ändern werde. Sie lernen, dass Araber ungebildet seien, immer nur Hass und Rache im Schilde führen, keine eigene Kultur kennen und nicht mal ihre Kinder so sehr lieben, wie sie uns hassen. Das hatte Golda Meir uns schon vor über 50 Jahren gelehrt, das führte sie als Begründung dafür an, dass es niemals Frieden mit den Arabern geben werde, solange sie uns mehr hassen als ihre Kinder zu lieben.

Der Schock des 7. Oktober hat sämtliche Traumata der jüdischen Israelis aktiviert. Zweifels ohne steckt in uns allen die generationenübergreifende Erinnerung an Vertreibung, Ausgrenzung und Vernichtung. Zweifels ohne gab es darüberhinaus in den vergangenen 75 Jahren seit Staatsgründung für jüdische Israelis dramatische und traumatische Erlebnisse von Gewalt, sei es bei den zahllosen Kriegen und Militäreinsätzen oder bei Terroranschlägen auf zivile Ziele. Dabei haben alle israelischen Regierungen immer dafür gesorgt, dass zwei Grundsätze im israelischen Bewusstsein manifestiert wurden:

1. Wir sind immer die Opfer, die angegriffen werden.

2. Es gibt weder einen historischen Kontext noch jedwede Rechtfertigung für Gewaltausbrüche; sie werden ausschließlich aus Hass gegen uns entfacht.

Die grausamen, in diesem Ausmaß nie da gewesenen Gewalttaten der Hamaskämpfer am 7. Oktober haben diese Grundannahmen bestätigt. Israelis haben den realen Schmerz, der ganz Israel kollektiv erfasst hat, auch individuell wirklich empfunden. Ohne Ausnahme kennt jede und jeder Israeli jemanden, der direkt von den Angriffen am 7. Oktober betroffen war. Sämtliche regierungsnahen Medien — und bis auf die Tageszeitung Haaretz sind sämtliche Medien regierungsnah — haben ununterbrochen dafür gesorgt, dass grausame Bilder des Horrors israelische Wohnzimmer, Tablets und Handys erreichten. Dazu gehörten auch Nachrichten von enthaupteten Babys, die im Nachhinein zweifelsfrei als Falschmeldungen identifiziert wurden, aber bis heute in den Köpfen der Menschen stecken. Diese Nachrichten- und Bilderflut blieb nicht ohne Effekt. Selbst offene, liberale, progressive Israelis sind bis heute, vier Monate danach, nicht in der Lage, die Situation mit etwas Abstand zu betrachten. Kaum jemand ist bereit, in anderen Medien, sprich dem Internet, nach Informationen zu suchen, die ein anderes Bild von Gaza erzeugen könnten als das einer dunklen kollektiven Terrorzelle.

Unschuldige Kinder? Schwangere Frauen und Fehlgeburten? Verhungernde Babys? Verletzte ohne medizinische Versorgung? Verzweifelte Menschen in überfüllten Zeltlagern? Diese Videos (wie hier oder hier oder hier) sehen Israelis sich nicht an, das alles gibt es in ihrem kollektiven Bewusstsein nicht. Wie soll man auch an so etwas glauben, wenn man vom Kindergarten an lernt, dass Palästinenser uns all das neiden, was wir in dieser Wüste erschaffen haben und uns daher und ohne jeden vernünftigen Grund vernichten wollen und nur unsere tapferen Soldaten mit Gewehren und Panzern unser Leben verteidigen können? Und dass alle um uns herum Feinde sind, die uns ins Meer werfen wollen und dass es niemanden auf der anderen Seite gibt, mit dem man reden kann? Wer von Opfern auf der anderen Seite spricht, ist ein Verräter, so wie der Lehrer Meir Baruchin, der seinen Job verlor, inhaftiert wurde und Morddrohungen bekommt.

Unterdessen blockiert eine Menschenmenge religiös-nationaler Israelis die Einfahrt nach Gaza, um Hilfsgüter nicht durchkommen zu lassen. Diese Frau hier spricht vielen Israelis, auch weniger radikalen, aus der Seele, wenn sie euphorisch von der gelungenen Blockade der Lastwagen erzählt, die mit

Lebensmitteln beladen nun nicht nach Gaza rollen.

Nur wenige Israelis wagen es, ihre Stimme für einen Waffenstillstand oder für Verhandlungen mit der Hamas zu erheben. Interessanterweise sind es am ehesten noch Angehörige der Geiseln, die vehement dafür protestieren, die Prioritäten neu zu setzen, also auch zu verhandeln. Denn die Freilassung der Geiseln scheint nicht oberste Priorität der Streitkräfte und Netanyahus zu sein. Der „totale Sieg", den er beschwört, und die komplette Vernichtung der Hamas wird von Analysten weltweit als unrealistisch betrachtet. Vielmehr wird vermutet, dass die niederen Motive für seine gnadenlose Offensive der eigene Machterhalt und die Ablenkung von Korruptionsvorwürfen ist.

Sehen die Israelis all das nicht? Vielleicht doch, aber — so haben wir es aus der Wahrnehmungsforschung gelernt — man kann nur sehen, was man sehen will beziehungsweise worauf die eigene Aufmerksamkeit gelenkt wird. Und diese Lenkung ist eindeutig und gewollt: Israelis haben schwere persönliche Verluste zu betrauern, und nur darauf soll ihr Blick gerichtet sein. Außer den 1.200 Opfern vom 7. Oktober haben mittlerweile auch noch 225 Soldaten ihr Leben verloren, über 1.300 wurden verwundet. Unsere Toten sind ausschließlich Helden; jeder getötete Palästinenser hingegen ist ein eliminierter Terrorist, ganz gleich, ob er 20-jährig mit einer Waffe in der Hand oder als Säugling an der Brust seiner Mutter getötet wurde. Für Israelis fühlt sich jeder tote Soldat wie der Verlust des eigenen Sohnes an. Besonders, weil wir mit der Mär von der „moralischsten Armee der Welt" aufgewachsen sind. Dass dem nicht so ist (weil keine Armee der Welt im Krieg „moralisch" ist), weiß man längst; gerade eben hat sogar die Süddeutsche Zeitung ausführlich dazu berichtet. Sie beschreibt Videos wie dieses oder dieses oder dieses.

Von daher können wir nicht mit Bemühungen von israelischer Seite rechnen, den Krieg schnellstmöglich zu beenden. Umso wichtiger sind all die jüdischen Stimmen und die der Israelis im Ausland. Die allermeisten setzen sich für eine umgehende Waffenruhe, die sofortige Freilassung aller noch lebenden Geiseln und Friedensverhandlungen ein. Denn die Geschichte hat gezeigt: ohne Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit wird es niemals Frieden und Sicherheit geben. Auch nicht für Israelis.



Gazastreifen am 10. Oktober 2023.

Nirit Sommerfeld, geb. 1961 in Eilat (Israel), Schauspielerin, Sängerin und Autorin, wuchs in Israel, Ostafrika und seit ihrem 9. Lebensjahr in Deutschland auf; ihr Vater Rolf war als junger deutsch-jüdischer Holocaust-Überlebender nach Palästina emigriert; ihr Großvater Julius aus Chemnitz wurde von den Nazis im KZ Sachsenhausen ermordet. 2007 kehrte sie mit ihrer Familie in ihr Geburtsland zurück; zwei Jahre später entschied sie sich aus politischen und persönlichen Gründen für die Rückkehr nach Deutschland. Durch ihre deutsch-jüdische Herkunft sieht sie sich als Israelin verpflichtet, für Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern einzutreten.

Rüstung durch Sozialabbau

Seit vielen Jahren singen rüstungs- und militärnahe Akteure vom selben Blatt: Eine chronische Unterfinanzierung habe zu einer völlig abgewirtschafteten Bundeswehr geführt, so die vermeintliche Binsenweisheit. Nützlich ist diese äußerst fragwürdige Behauptung vor allem deshalb, weil hierüber schon lange steigende Militärausgaben begründet werden. Auch im Bundeshaushalt 2024 mussten fast alle Etats schmerzhafte Kürzungen hinnehmen, während der Militärhaushalt erneut Zuwächse verzeichnen konnte. Mit dieser Aufrüstung geht ein gigantisches Umverteilungsprojekt einher, wie der emeritierte Politikprofessor Christoph Butterwegge kritisiert: „Hochrüstung macht generell die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militärpolitischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende. Zu befürchten ist daher auf längere Sicht eine fortdauernde Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit, die zuletzt Reallohnverluste hinnehmen musste und durch steigende Mieten, Energiepreisexplosion und Inflation stark belastet wurde."

Und tatsächlich steht zu befürchten, dass bislang lediglich die Spitze des Eisbergs sichtbar wurde und das richtig dicke Ende erst noch bevorsteht. Mit einigem Stolz verkündete die Bundesregierung, in diesem Jahr würden erstmals Militärausgaben oberhalb von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreicht, was allerdings nur durch die Entnahme hoher Beträge aus dem „Sondervermögen" der Bundeswehr gelingt. Gleichzeitig haben die Ampel-Parteien wie auch die Union erklärt, die Ausgaben auch nach dem Ende des Sondervermögens (vermutlich 2027) mindestens auf diesem Niveau belassen zu wollen. Um dies zu erreichen, müsste spätestens dann aber nach der aktuellen Finanzplanung der Bundesregierung eine gigantische Deckungslücke von 25 bis 35 Mrd. Euro geschlossen werden, wofür massive haushaltsinterne Umschichtungen und drastische soziale Einschnitte nahezu unausweichlich wären.

Jürgen Wagner – vollständiger Artikel: https://ogy.de/rn3b

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen

Katrin Warnatzsch (kw)

Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 650 Exemplare

Spendenkonto

GLS Bank eG
IBAN:
DE36 4306 0967 8023 3348 00
BIC: GENODEM1GLS

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

Bildnachweise:

Clemens Ronnefeldt, 5

Lebenshaus, 1, 5, 6, 7, 10, 11, 12, 14

Wikipedia - Gerd-HH, 2

Wikipedia - Sergei Prokudin-Gorskii, 13

Wikipedia - Wafa, 15

World BEYOND War, 9

#ObjectWarCampaign, 8

„Kriegsmüde – das ist das dümmste von allen Worten, die die Zeit hat. Kriegsmüde sein das heißt müde sein des Mordes, müde des Raubes, müde der Lüge, müde der Dummheit, müde des Hungers, müde der Krankheit, müde des Schmutzes, müde des Chaos. War man je zu all dem frisch und munter? So wäre Kriegsmüdigkeit wahrlich ein Zustand, der keine Rettung verdient. Kriegsmüde hat man immer zu sein, das heißt, nicht nachdem, sondern ehe man den Krieg begonnen hat. Aus Kriegsmüdigkeit werde der Krieg nicht beendet, sondern unterlassen. Staaten, die im vierten Jahr der Kriegführung kriegsmüde sind, haben nichts besseres verdient als - durchhalten!“

Karl Kraus

Der Schriftsteller und vehemente Kriegsgegner Karl Kraus wandte sich vor über hundert Jahren, im vierten Jahr des Ersten Weltkriegs, in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Fackel“ vom Mai 1918 (Nr. 474) gegen den heute wieder „modernen“ Begriff der „Kriegsmüdigkeit“.